

11.01.2013

Niederschrift

Schulausschuss

am 21.11.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Martin Wiggemann

Kreistagmitglieder SPD

Frau Christine Hölling

Herr Dirk Kolar

Herr Dieter Mendrina

Frau Simone Symma

Herr Rüdiger Weiß

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Hugo Becker

Herr Michael Strobel

Kreistagmitglieder CDU

Herr Michael Blandowski

Herr Jörg-Uwe Ebner

Frau Claudia Gebhard

Frau Martina Plath

Frau Ursula Sopora

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Barbara Streich

Kreistagmitglieder FDP

Herr Andreas Wette

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Julius Will

Kreistagmitglieder FWG

Herr Dieter Albert

anwesend bis 16.45 Uhr

Sachkundige Bürger/innen GFL

Herr Kunibert Kampmann

Beratendes ordentliches Mitglied

Frau Angelika Burkholz

Herr Arno Franke

Herr Helmut Gravert

Frau Kornelia Henning-Puls

Herr Peter Kötter

Frau Ursula Landskron

Herr Bernd Marreck

Herr Pfarrer Andreas Müller

Frau Bettina Vorberg

Frau Jutta Zierow

Verwaltung

Herr Walter Marsiske

Herr Dr. Detlef Timpe

Herr Wiggermann begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Punkt 2 Produktorientierter Haushalt 2013 - Budget Schulen und Bildung
Vorlage: 183/12

Punkt 3 Schülerzahlen der Berufskollegs und Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Unna für das Schuljahr 2012/2013
Vorlage: 187/12

Punkt 4 Bericht der "Schulpsychologischen Beratungsstelle für den Kreis Unna" für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: 185/12

Punkt 5 Gewalt an Schulen - Prävention und Deeskalation - Berichte der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna
Vorlage: 194/12

Punkt 6 Neues Übergangssystem Schule - Beruf in Nordrhein-Westfalen - Beteiligung des Kreises Unna
Vorlage: 190/12

Punkt 7 Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015
Vorlage: 132/12

Punkt 8 Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion
Vorlage: 145/12

Punkt 9 Anregung gemäß § 21 KrO NRW - Beratende Mitgliedschaft der Bezirksschüler/-innenvertretung im Schulausschuss des Kreises Unna
Vorlage: 157/12

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Erörterung

Es liegen keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern vor.

Punkt 2 **Produktorientierter Haushalt 2013 - Budget Schulen und Bildung**
Vorlage: 183/12

Erörterung

Herr Dr. Timpe erläutert die wesentlichen Eckpunkte zum produktorientierten Haushalt des Fachbereiches Schulen und Bildung. Er führt aus, dass man verwaltungsseitig die wesentlichen Konsolidierungsbeschlüsse des Kreistages umgesetzt und abgebildet habe. Im Bereich des Medienzentrums sei das noch nicht vollständig abgebildet (Umbau des Medienzentrums bei Reduzierung des Aufwandes insgesamt und die vom Fortschritt des Schulsanierungsprogramms abhängigen Aufwandsreduzierungen im Gebäudebetrieb wie z.B. beim Märkischen und Hellweg Berufskolleg). Insofern seien die Konsolidierungsbeschlüsse in der Umsetzung. Des Weiteren merkt Herr Dr. Timpe zu den finanzwirtschaftlichen Eckpunkten im Teilergebnisplan (siehe S. 7 u. 8) an, dass das Budget 40 im Haushaltsentwurf 2013 zu den Budgets gehöre, in denen sich im positiven Sinne der Aufwand, hier um 170.000 Euro, niedriger gegenüber 2011 darstelle bei unveränderten Leistungen und Schülerzahlen etc. trotz der Notwendigkeit, dass auch in diesem Budget Pensionsrückstellungen in erheblicher Höhe auszuweisen seien. Der Teilfinanzplan (siehe S. 11) werde entscheidend geprägt durch schulbauliche Maßnahmen und dem, was im Folgejahr oder Haushaltsjahr vorgesehen sei. In diesem Jahr falle er höher aus aufgrund der beiden bekannten Maßnahmen Ergänzungsbau am NTZ und der geplanten Sanierungsmaßnahme am NTZ, soweit in 2013 bereits entsprechende Rechnungen zu begleichen seien. Im Übrigen gehe es um Vorbereitungskosten im Sinne von Honoraren für externe Planer mit Blick auf das Freiherr-vom-Stein Berufskolleg. Darüber hinaus, und das wolle er ganz deutlich ansprechen, seien jenseits von Veränderungen und Schwankungen gegenüber dem Vorjahr an wirklich neuen Titeln drei Positionen im Haushalt 2013 enthalten. Die beträfen zum Einen die Mittel für Planungskosten für einen regional zu erarbeitenden Inklusionsplan mit den Städten und Gemeinden in Höhe von 30.000 Euro (Stichwort Schulentwicklung mit Focus auf die Förderschulen in Trägerschaft des Kreises und der Städte/Gemeinden). Natürlich gehe es alle Schulen an. Aber er denke, da sei es nicht strittig, dass das ein Thema sei nicht nur in

2013, sondern das werde den Schulausschuss noch mehrfach beschäftigen. Dieser Ansatz wäre aus Verwaltungssicht notwendig, um dort qualifiziert an die Arbeit zu gehen. Der weitere wesentliche Punkt sei unter dem Stichwort Übergangssystem Schule und Beruf zu sehen und nachfolgend unter dem Tagesordnungspunkt 6 in der DS 190/12 dargestellt. Daher erspare er sich eine weitere Erläuterung an dieser Stelle. Die dort genannten Summen seien in den Haushaltsentwurf 2013 eingepflegt. Insofern gebe es da einen unmittelbaren Zusammenhang. Bei dem dritten Punkt sei die Rede von „öffentlicher geförderter Beschäftigung an den Schulen“. Damit sei gemeint, dass man an den Berufskollegs, wo Sanierungsmaßnahmen auch an den Sanitäranlagen stattgefunden hätten, im Rahmen von öffentlicher Beschäftigung eine Toilettenaufsicht unterstützen wolle. Das habe nicht nur mit zukünftig reduzierten Unterhaltungskosten zu tun, sondern das habe eine Menge damit zu tun, wie die Schülerinnen und Schüler ihre Schule wahrnehmen. Damit wolle man als Schulträger dauerhaft einen vernünftigen Rahmen bieten.

Herr Weiß gibt aus Sicht SPD-Fraktion eine positive Rückmeldung zum Haushalt 2013 für das Budget 40, nicht nur, dass mit den energetischen Maßnahmen begonnen bzw. diese abgeschlossen worden seien; auch die Qualität der Baumaßnahmen sei positiv hervorzuheben und der Umgang und Konsens mit den einzelnen Schulen vor Ort, nicht nur dort, wo der Kreis Schulträger sei. Auch von den Schulen vor Ort habe man positive Rückmeldungen in Bezug auf die gute Zusammenarbeit erhalten. Seine Fraktion sei sehr zufrieden und sehe, dass sehr gute Arbeit geleistet worden sei. Von daher stehe seine Fraktion voll und ganz hinter dem Haushaltsentwurf 2013.

Herr Ebner führt seitens der CDU-Fraktion aus und stellt fest, dass die Investitionen in den Schulen langfristig die bessere Lösung seien, auch für den Etat des Kreises. Insofern könne er die Ausführungen von Herrn Weiß nur unterstützen. Da sei man sich einig und das habe auch nie zu Diskussionen geführt, auch nicht während der Haushaltsdebatten. Dennoch hätten sie zum Haushalt noch einige kleinere Änderungen einzubringen und dazu wolle man die nächste Zeit nutzen.

Frau Streich erklärt seitens der GRÜNEN-Fraktion unter Bezugnahme auf die Ausführungen ihrer Vorredner, dass die Planungen der Schulsanierungen für die Schulen sicherlich wichtig seien, damit sie sich im laufenden Schulbetrieb darauf einrichten könnten. Insofern schließe sie sich dem Lob ihrer beiden Vorredner an.

Punkt 3 **Schülerzahlen der Berufskollegs und Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Unna für das Schuljahr 2012/2013**
Vorlage: 187/12

Die Schülerzahlen der Berufskollegs und Förderschulen in Trägerschaft des Kreises Unna für das Schuljahr 2012/2013 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4 **Bericht der "Schulpsychologischen Beratungsstelle für den Kreis Unna" für das Schuljahr 2011/12**
Vorlage: 185/12

Erörterung

Frau Irmscher nimmt Bezug auf den Jahresbericht der Schulpsychologischen Beratungsstelle für den Kreis Unna (siehe Anlage zur DS 185/12) und stellt einige Schwerpunkte ihrer Arbeit vor. Sie hebt besonders hervor, dass es erfreulich sei, fast alle Schulen und Schulformen im Hinblick auf Schulungen zur Bildung schulinterner Krisenteams erreicht zu haben. In den vergangenen Jahren habe man weiterführende Schulen erreicht und man habe sich für das letzte Schuljahr 2011 vorgenommen, auch auf die Grundschulen zuzuge-

hen. Dort sei man zu fast 100 % nachgefragt worden. In den Grundschulen gehe es nicht, wie in den weiterführenden Schulen, vornehmlich um das Thema "Starke Gewalt" und Bedrohung, sondern im Vordergrund stünden die Krisen durch bedrohliche Krankheiten, aber auch zum Thema "Tod und Trauer". Da habe es eine immense Nachfrage gegeben. In diesen Fällen habe man Material, das Wissen zum Management und zur Prävention in die Schulen transportiert. Wichtig sei ihnen gewesen, diese Grundschulen als System anzusprechen, d.h. auch die Leitungen des Offenen Ganztages, so dass ein einheitliches Vorgehen in den Grundschulen angestoßen werden und es dadurch auch zu einer einheitlichen Kommunikation kommen konnte. Ihr Konzept sei aufgegangen. Sie hätten an den Grundschulen wie auch an den weiterführenden Schulen sehr viel Sicherheit im Umgang mit schulischen Krisen erlebt, was ihnen die Arbeit natürlich sehr erleichtert habe. Bei den Fortbildungen im Grundschulbereich sei man anders vorgegangen als bei den weiterführenden Schulen. Frau Hanfland und sie als Krisenbeauftragte hätten sich aufgeteilt und seien mit den regional zuständigen Schulpsychologen durch die Kommunen gegangen, um sich nochmals in den Schulen mit ihrem Angebot vorzustellen. Das Konzept sei weiterhin insofern aufgegangen, dass man höhere Anmeldezahlen in allen Bereichen habe. Man werde von den Schulen jetzt im vierten Jahr schon sehr gut wahrgenommen. Als Ausblick weist Frau Irmscher darauf hin, dass sie sich als großes Projekt in diesem Schuljahr vorgenommen hätten und auch durchführen würden, weiterführende Schulen in der Bildung und Fortführung des schulinternen Beratungssystems zu unterstützen. Seit dem Bestehen der Schulpsychologischen Beratungsstelle würde zum dritten Mal angeboten, Beratungslehrer zu qualifizieren. In diesem Jahr erfolge das in Kooperation mit den Kolleginnen/Kollegen in Dortmund. Aus den Unnaer Schulen würden 11 Kollegen/innen aus 9 Schulen an der Qualifizierung teilnehmen. Darüber sei man sehr froh. Die Qualifizierung sei für die Lehrer/innen sehr aufwändig, da die Schulen für das gesamte Schuljahr die Lehrer/innen jeweils für einen Tag in der Woche freistellen müssen. Für sie sei es ganz wichtig, dass es an den Schulen Beratungslehrer/innen als Kooperationspartner gebe. Es habe sich auch gezeigt, dass die Schulen durch diese Beratungslehrkräfte, die besondere Beratungen in den Schulen vornähmen und Teilnehmer/Mitglieder der schulinternen Krisenteams seien, über sehr viel Kompetenz in Gesprächsführung und im Umgang mit schwierigen Situationen verfügten. Alsdann wird ein weiteres Projekt von Herrn Hunke vorgestellt. Es gehe dabei um ein Kooperationsprojekt mit dem Schulamt, dem Kompetenzteam und einer Arbeitsgruppe um Herrn Prof. Dr. Schipper von der Universität Bielefeld, das rechenschwache Schüler fördere. In diesem Jahr würden dazu die vorbereitenden Prozesse geplant, die teilweise auch schon abgeschlossen seien. Das Projekt starte dann im Schuljahr 2013/2014. Ziel des Projektes sei es, dass zunächst einmal an jeder Förder- und Grundschule eine Lehrkraft eine Spezialausbildung zur Diagnose und Förderung bei Rechenschwierigkeiten erhalte. Im Moment sehe es so aus, dass die zentralen Absprachen zwischen den Kooperationspartnern stattgefunden hätten und die Schulen jetzt über dieses Projekt informiert und zur Teilnahme eingeladen würden. Die vertiefenden Informationen würden dann im Frühjahr an die angemeldeten Schulen weitergegeben. Das Projekt biete insgesamt Platz für 24 Teilnehmer, so dass jeweils eine Lehrkraft der teilnehmenden Förder- und Grundschulen im Kreis über ein Jahr eine Förderung in kleinen Gruppen unter Anleitung durchföhre, einerseits von Herrn Prof. Dr. Schipper und seinem Team und andererseits von 6 Moderatoren (3 Kompetenzteam, 3 Schulpsychologische Beratungsstelle). Das Projekt werde dokumentiert und abschließend ein Zertifikat erteilt.

Frau Irmscher und Herr Hunke beantworten abschließend verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder und Herr Wigermann bedankt sich, auch im Namen des Schulausschusses, bei ihnen für die geleistete Arbeit.

Punkt 5

Gewalt an Schulen - Prävention und Deeskalation - Berichte der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna Vorlage: 194/12

Erörterung

Frau Streich erklärt seitens der GRÜNEN Fraktion, dass sie erfreut darüber sei, dass die Schulen so ausführlich berichtet hätten und bedankt sich dafür. Sie fragt nach, wie es mit der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket nach dem Auslaufen des Projektes weiter gehe.

Herr Dr. Timpe erklärt dazu, dass verwaltungsseitig noch keine Überlegungen dazu angestellt worden seien. Das sei auch müßig, weil niemand wisse, ob und in welcher Weise (er glaube eher nicht) die finanziellen Möglichkeiten, die der Bund derzeit dort gebe, im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes eine Fortsetzung finden werden. Er traue sich auch keine Prognose zu. Dass die Finanzierung 2013 auslaufe, sei bekannt. Dass es bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014 gehe, sei der Stand, den man auch mitgeteilt habe. Die Grundsatzposition der Verwaltung dazu wäre, dass man das für nützlich und förderlich halte und im Rahmen der abschließenden Evaluierung ein eindeutiges Votum abgeben werde. Auf einem ganz anderen Blatt stehe, das müsse er nicht ausdrücklich betonen, welche Möglichkeiten der Kreishaushalt biete. Das könne er nicht sagen. Von daher habe er es so gemeint, dass er darüber nicht spekulieren wolle, das sei müßig. Er wisse nicht, ob da, das habe man mal gehört im Zusammenhang mit dem Auflegen des Bildungs- und Teilhabepaketes, an irgend einer anderen Stelle, die den Kreis dann entlaste, möglicherweise ernsthafte Gelegenheit geboten werde z.B. bei den Kosten des Wohnens und dem Kreisanteil. Es gehe nicht um das Wünschenswerte, sondern um das Mögliche. Zum jetzigen Zeitpunkt würden da seitens des Bundes ganz wesentliche Eckpunkte fehlen, so Herr Dr. Timpe.

Die Berichte der Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna zum Thema "Gewalt an Schulen – Prävention und Deeskalation" werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 6

Neues Übergangssystem Schule - Beruf in Nordrhein-Westfalen - Beteiligung des Kreises Unna

Vorlage: 190/12

Erörterung

Herr Dr. Timpe unterstreicht nochmals die Wichtigkeit des Themas. Verwaltungsseitig möchte er auf weitere Erläuterungen verzichten, nicht nur, weil bereits umfassende und vertiefende Grundsatzpositionen im Vorfeld des Kreistagsbeschlusses im März diesen Jahres dargestellt worden seien und sich an der Grundsatz einschätzung der Verwaltung nichts geändert habe. Man sei davon überzeugt, mit Blick auf das, was der Kreis Unna und andere Kreise im Land auch regeln und wirklich beeinflussen könnten, dass da ein wesentliches Defizit bestehe und im Kreis suboptimal laufe. Nicht, weil unsere Schulen oder auch andere beteiligte Schulen im Kreis schlecht arbeiten würden, sondern es kein System gebe. Insofern sei das Übergangsgeschehen Schule/Beruf – Schule/Studium – sicherlich suboptimal, teuer, aufwändig und mit schwerwiegenden Nachteilen für betroffene junge Menschen verbunden bezüglich der Bildungs- und Lebenschancen. Da stelle sich die Frage, ob man mit demselben Geld, den Ressourcen und dem Engagement nicht mehr erreichen könnte, wenn man es anders organisieren würde. Man habe, wie im letzten Halbjahr verstärkt wahrgenommen, Ansprache halber mitgeteilt bekommen (z.B. von Handwerkern aus der Kreishandwerkerschaft, der IHK, von der regionalen Wirtschaft im Allgemeinen), dass es perspektivisch, wenn sich dort nicht wesentlich etwas verbessere, ausgesprochen nachteilig für die Entwicklung der Betriebe im Kreis sei und damit auch für das, was für die Beschäftigungs- und Gewerbesteuersituation daraus resultiere. Insofern nochmals die Grundsatzposition: es werde höchste Zeit, dass man mindestens ernsthaft versuche, dort mehr System hereinzu bringen. Man glaube nach wie vor, dass der Kreis die richtige Ebene wäre, wenn alle Beteiligten das akzeptierten, um diesen Versuch zu starten. Vor diesem Hintergrund sei er froh, dass man nach dem Beschluss aus März diesen Jahres, das zu konkretisieren und bis zum Jahresende so weit zu sein, ein konkretes Angebot des Landes zu haben. Das sei vorabgestimmt und entsprechend in die DS 190/12 eingearbeitet worden, auch in den Haushaltsentwurf 2013. Herr Dr. Timpe merkt abschließend an, dass diejenigen, die der

Kreis vernünftigerweise koordinieren wolle, koordinieren solle nach den Vorstellungen des Landes, seit spätestens Sommer darauf warteten, dass der Kreis in diesem Bereich konkret werde (Bereitschaftserklärungen gebe es, auch von Seiten der Städte und Gemeinden). Es gebe auch aus dem schulischen Bereich durchaus eine positive Unterstützung dieses Ansatzes aus der Idee heraus, das Geschehen auch für die Schulen überschaubarer und einfacher zu gestalten. Von daher bitte er dringend nachhaltig darum, dieser Drucksache positiv zuzustimmen und sie dem Kreisausschuss/Kreistag zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Herr Ebner erklärt seitens der CDU-Fraktion, dass bei seiner Fraktion aufgrund der heute erst vorgelegten Drucksache 190/12 noch Beratungsbedarf bestehe. Von daher bitte er, über diese Drucksache heute nicht abzustimmen und die Entscheidung in den Kreisausschuss/Kreistag zu verschieben.

Frau Streich schließt sich für die GRÜNEN- Fraktion den Ausführungen und der Bitte von Herrn Ebner an.

Herr Kolar merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass seine Fraktion sich in der Vorbesprechung mit der Drucksache beschäftigt habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, dem Kreistagsbeschluss von März diesen Jahres folgend, dass das der richtige Weg sei, der auch der Landesregierung folge, präventiv zu arbeiten und im Vorfeld zu schauen, was passiere. Er halte das an der Stelle für ganz wichtig. Natürlich sehe man auch die Problematik der Belastung des Kreishaushaltes. Nichts desto trotz habe man sich bei der Verwaltung rückversichert, dass es sowohl in der Bürgermeisterkonferenz als auch auf schulischer Ebene mit den Städten und Gemeinden besprochen worden sei und auch positiv begleitet werde. Vor diesem Hintergrund, wenn das denn so sei, werde auch seine Fraktion das positiv begleiten und da bei anderen Fraktionen noch Beratungsbedarf bestehe, trage sie auch die Bitte auf Verschiebung der Entscheidung im Kreisausschuss/Kreistag mit.

Herr Dr. Timpe erklärt, dass das selbstverständlich mit Blick auf die unangemessen kurze Vorlagefrist der Drucksache 190/12 klar wäre. Er entnehme aber, und davon wolle er sich noch mal vergewissern, dass sich an der positiven Grundhaltung, was entsprechende Aktivitäten und eine aktive Rolle des Kreises in diesem Kontext angehe, nichts Grundsätzliches geändert habe. Er bäre darum, ihn direkt anzusprechen, damit eine Gelegenheit gefunden werde, offene Fragen, Anregungen etc. rechtzeitig vor der Kreisausschusssitzung möglicherweise zu klären und Anregungen aufzunehmen. Für ihn sei es schon wichtig, dass bei den jetzt anstehenden Gesprächen (01.01.2013) und Verabredungen, die mit einer gewissen Belastbarkeit auf der Ebene der Bezirksregierung bzw. dem Land zu treffen seien, unabhängig von dem selbstverständlich notwendigen Kreistagsbeschluss, der Kreis zielgerichtet agieren könne. Insofern mache es für die Verwaltung einen Unterschied. Das werde sich klären lassen und die Verwaltung könne, wie im März, davon ausgehen, dass der Kreistag nicht zu grundsätzlich anderen Auffassungen komme.

Herr Ebner bestätigt die Ausführungen von Herrn Dr. Timpe. Seine Fraktion sei jedoch der Meinung, dass, wenn man dieses Thema langfristig auf stabile Füße stellen wolle, man die Rahmenbedingungen entsprechend so setzen können müsse, dass sie auch langfristig tragen würden. D.h.: das habe mit Personalausstattung, mit sachlichen Dingen zu tun. Es gebe für seine Fraktion noch einige Unklarheiten (Personal und Projekt ILJA), die zu diskutieren und zu klären seien. Er hoffe aber, die bis zum Kreistag noch klären zu können.

Herr Wiggermann fasst zusammen und stellt insbesondere fest, dass keiner von denen, die sich zu Wort gemeldet hätten, grundsätzlich Zweifel an der Zielsetzung dessen zeigen würden, was im Kreistag im März beschlossen worden sei und jetzt weiterhin konkretisiert werden solle.

Der Ausschuss ist damit einverstanden, über die Ds 190/12 heute nicht abzustimmen und sie zur Entscheidung in den Kreisausschuss/Kreistag zu verschieben.

Punkt 7

Kreis Unna inklusiv - auf dem Weg zu einer inklusiven Verwaltung, Handlungsprogramm 2013 - 2015

Vorlage: 132/12

Erörterung

Auf Nachfrage von Frau Streich (GRÜNEN- Fraktion) und ihre Bezugnahme auf S. 26 des Inklusionsberichtes erklärt Herr Dr. Timpe, dass nach dem Kenntnisstand der Verwaltung die Kompetenzzentren in der heutigen Form abgebaut würden.

Frau Streich nimmt Bezug auf die gleiche Seite unten "Schaffung von Arbeitsstrukturen zum Austausch von Systemen und Personen im gemeinsamen Lernen". Da gehe es ja auch darum, Arbeitsstrukturen einzuführen, die auf die neuen Bedarfe bezüglich Inklusion abgestimmt seien. Ihrer Meinung nach könne man erst damit beginnen, wenn die Lehrer in diesem Bereich auch fortgebildet seien, denn man könne ja keine Struktur aufbauen, wenn keiner wisse, wovon er rede. Von daher glaube sie nicht, dass die entsprechenden Voraussetzungen bereits gegeben seien und es schon funktionieren könne.

Herr Dr. Timpe erklärt dazu, dass schon wahrgenommen worden wäre, dass dieser Inklusionsbericht den schulischen Bereich generell ausklammert habe und warum das passiert sei. Nicht, weil der Kreis nichts damit zu tun habe, sondern weil der Kreis die Auffassung vertrete, ähnlich wie das auf Landesebene geläufig sei, dass das ein sehr spezielles Themenfeld sei und auf jeden Fall zunächst abgewartet werden solle auf der Ebene der Schulträger und Schulämter, was da genau geplant oder beabsichtigt sei (9. Schulrechtsänderungsgesetz). Deshalb sei dieser Bericht, der jetzt zur Kenntnisnahme vorliege, auch nur sehr undeutlich erklärtermaßen charakterisiert worden, geschweige denn, dass der Kreis dort konkrete Konzepte um Maßnahmenvorschläge vorgelegt hätte. Das sei Absicht. Es handele sich nicht, und darum gehe es ihm, um das entsprechende Konzept, was die schulische Inklusion im Kreis Unna angehe und angehen solle. Das stehe noch aus und würde in anderen Zusammenhängen erörtert und erarbeitet.

Herr Marsiske führt aus, dass der Handlungsrahmen aufgestellt worden sei, lange bevor es das 9. Schulrechtsänderungsgesetz gegeben habe und insofern sei der Ansatz gewesen, Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung aufzubauen, so wie beschlossen, was durchaus ein Beitrag zur Veränderung der Landschaft im Kreis Unna wäre. Der zweite Punkt sei, dass das Schulamt im Kreis Unna sich bemühe, im Kreis Unna sich bemühe, im Rahmen der Lehrerfortbildung und sonstigen Beratung auch in Richtung inklusiver Unterricht Fortbildungsangebote zu unterbreiten. Dann seien die Beauftragten für Inklusion dem Schulamt beigeordnet worden, die auf dem Gebiet auch arbeiten würden. Insofern gebe es eine gewisse Entwicklung, aber immer in zeitlichen Abständen. Er betont nochmals, als der Handlungsrahmen aufgestellt worden sei (erster Teil: Beitrag der Schulverwaltung, zweiter Teil: Beitrag des Schulamtes), wäre von der jetzigen Situation, dass man landesweit einen ganz anderen Rahmen habe, noch keine Rede gewesen, sondern es habe eine Erwartungshaltung gegeben, dass das endlich kommen müsse.

Eine weitere Frage von Frau Streich bezieht sich auf S. 30, Fachbereich Bauen, der aber auch die Schulen und andere Gebäude betreffe. Es gehe um die kreiseigenen Schulen, die noch nicht alle inklusiv ausgestattet seien.

Herr Dr. Timpe erklärt dazu, dass ein entsprechender Ansatz gebildet worden sei, der nicht im Budget 40 aufgeführt werde, weil er nicht nur Schulgebäude betreffe, sondern im Budget 60, wo es um die Gebäudeunterhaltung gehe, auch als Maßnahme beschrieben sei. Man wolle innerhalb der nächsten 2 Jahre, und dann wiederkehrend, sämtliche vom Kreis genutzten Gebäude extern begutachten lassen mit Blick auf Barrierefreiheit im weiten Sinne. Das stelle durchaus eine Daueraufgabe dar. Im Ergebnis werde das dann mit Blick auf verfügbare Mittel und zu setzende Prioritäten an der ein oder anderen Stelle in zusätzliche Baumaßnahmen münden müssen. Im Haushalt 2013 sei erstmalig im Budget 60 der entsprechende Teilantrag enthalten.

Punkt 8**Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion****Vorlage: 145/12****Erörterung**

Der Projektantrag bei der Aktion Mensch, Förderprogramm Inklusion, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9**Anregung gemäß § 21 KrO NRW - Beratende Mitgliedschaft der Bezirksschüler/-innenvertretung im Schulausschuss des Kreises Unna****Vorlage: 157/12****Erörterung**

Herr Weiß regt seitens der SPD-Fraktion unter beispielhafter Nennung des heutigen Tagesordnungspunktes 5 "Gewalt an Schulen – Prävention und Deeskalation" an, bei solchen Tagesordnungspunkten, die Schüler/-innen-relevant seien, durch den Vorsitzenden des Schulausschusses die BSV anzusprechen und eine Einladung zur Sitzung auszusprechen. Es könnte ihnen außerhalb der Tagesordnung, wenn nötig, die Möglichkeit gegeben werden, an der Diskussion teilzunehmen. Das schlage er vor, da es wichtig sei, politische Teilhabe vorzuleben und zu ermöglichen. Hierzu sollte man alles tun.

Herr Ebner (CDU-Fraktion) erklärt, dass er sich auf der einen Seite sehr gefreut habe, dass es junge Menschen gebe, die hier politisch aktiv werden möchten und aktiv mitwirken wollen. Gleichwohl wisse er, dass man keine andere Chance habe, diese Drucksache so zu behandeln, wie es vorgeschlagen sei. Dennoch möchte er darauf hinweisen, und das gehe auch in die Richtung, wie von Herrn Weiß angedeutet, dass man in sämtlichen Ausschüssen den Tagespunkt „Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner“ habe. Insofern bestehe dort die Möglichkeit, seine Meinung kund zu tun. Seine Bitte sei, dem Vorsitzenden der BSV dieses noch mal deutlich zu machen. Weiterhin könnte man den Vorsitzenden darauf hinweisen, dass, wenn man feststelle, dass Jugendliche anwesend seien, die formelle Möglichkeit bestehe, die Sitzung zu unterbrechen und den Jugendlichen das Wort zu erteilen und danach die Sitzung fortzusetzen. Das sei ein probates Mittel und das sollte man an den Schulen bei den Jugendlichen deutlich machen. Seine Fraktion sei dazu gern bereit. Eine pauschale diesbezügliche Personenerweiterung im Schulausschuss gehe nicht und er könne für die CDU-Fraktion nur sagen, dass man das ablehnen müsse.

Herr Will schließt sich seitens der FDP-Fraktion seinen beiden Vorrätern an. Er geht auf ein Beispiel in seiner Heimatstadt Lünen ein und deren Überlegungen zur Einrichtung eines Jugendrates. Er könne nur dafür werben, dass man diese Schülergruppe nicht außen vor lassen sollte, sondern sie anhöre. Vielleicht könne man noch einen Schritt weiter gehen als von Herrn Weiß angeregt, indem z.B. die Vorsitzenden der jeweiligen Fraktionen und Gruppen oder die schulpolitischen Sprecher versuchten, einen Termin festzulegen und die Schülervertretung dazu einzuladen. Das sei ein Vorschlag und er bitte, dies in die jeweiligen Fraktionen mitzunehmen.

Herr Bangert schließt sich seitens der GRÜNEN-Fraktion ebenfalls den Ausführungen seiner Vorräder an. Einerseits bestünden die rechtlichen Grundlagen, die hier vorangestellt würden. Andererseits sollte man aber auch sehen, dass dieser Bedarf von Schülern auch verwirklicht werden könne durch die politische Bildung an den Schulen. In allen Schulformen sei die Beteiligung in den Richtlinien für politische Bildung enthalten. Von daher sei es gerade zu ideal, den Schulausschuss, Kreistag oder andere politische Institutionen vor Ort zu nutzen, um politische Bildung zu üben. Von daher würde er im Antwortschreiben an die BSV zwar auch darauf hinweisen, dass man das Geforderte jetzt nicht 1:1 umsetzen könne, aber andererseits versuchen werde, eine Beteiligung zu ermöglichen.

Herr Dr. Timpe führt aus, dass er der bedauernden Bewertung nichts hinzuzufügen habe. Die Meinung hier sei einhellig. Im Rahmen der zu beachtenden rechtlichen Vorschriften sei es jedoch unbenommen, da es sich ohnehin um öffentliche Sitzungen handele und auch die Tagesordnung öffentlich wäre. Insofern denke

er, dass niemand etwas dagegen haben werde, die Bezirksschüler/-innenvertretung hier ausdrücklich in den Verteiler aufzunehmen, wenn es um öffentliche Dinge gehe. Zum Zweiten, das sei im Detail noch zu besprechen, werde es Mittel und Wege sowie Akzeptanz geben, durch Sitzungsunterbrechung zu relevanten Punkten Vertretern der BSV Rederecht zu verschaffen. Zum Dritten möchte er für den Fall, dass es nicht so bekannt sei, den Hinweis geben, dass man über das Regionale Bildungsbüro und sonstige Möglichkeiten, die man hätte, relativ unauffällig nützlich die Arbeit der BSV unterstützen könne, was Sitzungsmöglichkeiten und ähnliche Dinge angehe. Dort sei auch ein reger Austausch geführt worden in Bezug auf kalkulierbare und sichere Sitzungs- und Präsenzmöglichkeiten im Dienstleistungszentrum Schule. Dem möge man entnehmen, dass man dies auch aus Verwaltungssicht für äußerst unterstützungswürdig halte und über das bekannte Interesse erfreut sei. Er glaube, dass man schon Mittel und Wege finden werde, diesem wünschenswerten und nicht nur berechtigten Interesse hier Raum zu verschaffen.

Herr Wiggermann erklärt, dass er die Frage seiner Einladungsbefugnis als Vorsitzender geklärt habe. Er könne einzelne Personen in den Ausschuss einladen und die Sitzung entsprechend unterbrechen. Es sei ihm aber wichtig, dass das die Unterstützung der Ausschussmitglieder finde und insofern sei er sehr erfreut darüber, dass das unisono auch genau so gehen werde. Er stelle weiterhin fest, dass der Ausschuss es begrüße und befürworte, dass eine Einladung an die Vertreter der BSV zu bestimmten Themen hier im Ausschuss erfolge. In dem Antwortschreiben an den Vertreter der BSV müsse das Signal, das man geben wolle, entsprechend deutlich gemacht werden, nämlich dass man Personen, die mitwirken möchten, die Gelegenheit dazu geben wolle. Eingehend auf den Vorschlag von Herrn Will erklärt Herr Wiggermann, dass ihm das eine oder andere Angebot vorliege und dass er bereit sei, als Vorsitzender in Gesprächen im Vorfeld abzuklären, welche Themen interessierten und in Frage kämen. Im Übrigen liege ihm zu diesem Thema eine Presseanfrage vor, die er dann im Sinne der Ausschussmitglieder kommentieren werde.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, den folgenden Beschluss zu fassen:

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen vor.

gez. Martin Wigermann
Vorsitzender

gez. Ingelore Klemp
Schriftführer/in